

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 80 M.
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

Staatliche und kommunale Kriegshilfe.

Nachdem festgestellt und bekanntgegeben ist, wie weit die gewerkschaftliche Unterstützungsmöglichkeit unterm Kriegszustande reicht, muß die staatliche und kommunale Kriegshilfe erörtert werden.

Bei Ausbruch des Krieges wandte sich erklärlicherweise alles Interesse den Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften zu. Der Soldat im Felde darf nicht mit quälender Sorge um das Ergehen seiner verlassenen Familie belastet sein, wenn er sein Leben mutig einsetzen soll! Die staatliche Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften, obgleich sie auf Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen früher wesentlich erhöht worden ist, so daß sie nun in den Monaten Mai bis Oktober für die Ehefrau monatlich M. 9, in den Monaten November bis April M. 12 und für jedes Kind unter 15 Jahren monatlich M. 6 beträgt, reicht indes nicht halbwegs aus, eine Familie zu unterhalten, die ihren Ernährer hat abgeben müssen. Den Betrag durch gewerkschaftliche oder private Hilfe so aufzurunden, daß er zur Beschaffung des Allernotwendigsten genügt, ist einfach unmöglich. Wo deshalb die Arbeiter eine Vertretung in den Gemeinde- und Stadtverwaltungen haben, traten sie dafür ein, die Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften aus kommunalen Mitteln zu erhöhen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Der staatliche Unterstützungssatz ist teils um hundert und mehr Prozent erhöht worden. In Hamburg z. B. bezieht eine alleinstehende Frau monatlich M. 35, eine Frau mit einem Kind M. 50, mit zwei Kindern M. 62, mit drei Kindern M. 72, mit vier Kindern M. 80, mit fünf Kindern M. 87, mit sechs Kindern M. 93, für jedes weitere Kind M. 6. In Leipzig bezieht eine alleinstehende Frau monatlich M. 34,20, Frau mit einem Kind M. 45,60, mit zwei Kindern M. 57, mit drei und mehr Kindern M. 68,40. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat durch seine Ortsverwaltungen Erhebungen über die Unterstützungsleistungen der Gemeinden veranstaltet. Er veröffentlicht das Resultat in der „Metallarbeiterzeitung“. Demnach ist der staatliche Unterstützungssatz allenthalben recht wesentlich erhöht worden. Leider sind aber auch Großstädte, wie Stuttgart und München, zu verzeichnen, wo der städtische Zuschuß zum staatlichen Unterstützungssatz nur 50 pZt. beträgt. Und der Vorstand des Holzarbeiterverbandes schreibt in einem Aufruf an seine in Arbeit stehenden Mitglieder, er habe auf Grund einer Umfrage in dem Verbreitungsgebiet seines Verbandes festgestellt, daß erst 120 Städte einen Zuschuß von 50 bis 100 pZt. zu der staatlichen Unterstützung beschlossen haben, während in den übrigen 700 Zahlstellenorten bisher noch keinerlei Zuschuß gewährt werde. Wie die Dinge in unsern Verbandsorten liegen, wird bei der nächsten Umfrage mit festzustellen sein. Wir sehen jedoch an den vorgeführten Beispielen, daß die Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften sich aus kommunalen Mitteln auf ein einigermaßen auskömmliches Maß erhöhen läßt, und deshalb helfen wir diesen Familien am wirksamsten, wenn wir dafür eintreten, daß ihre Unterstützung aus kommunalen Mitteln auskömmlich gestaltet wird.

Der Mobilmachung folgte steigende Arbeitslosigkeit auf dem Fuße. Daß dies eine unabwendbare Folge des Weltkrieges sein werde, ist früher schon gesagt worden, insbesondere von Bebel auf dem zweiten

Senaer Parteitage. „Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen, soweit sie nicht für den Kriegsbedarf arbeiten, kommen zum Stillstand“, führte Bebel aus, „Arbeitslosigkeit an allen Ecken!“ Und so ist es auch gekommen. Mit dieser Eventualität scheint auch die Reichsregierung gerechnet zu haben; jedenfalls war sie nach Ausbruch des Krieges Anregungen von Arbeiterseite, der großen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, zugänglich. Sie wirkt durch entsprechende Maßnahmen auf zweckmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeitsmenge hin, tritt dafür ein, daß keine Einstellung unentgeltlicher Arbeitskräfte erfolgt, daß keine Personen eingestellt werden, die bereits aus anderer Quelle ein Einkommen beziehen; sie warnt vor einer Einschränkung des Haushalts, wünscht volle Weiterbeschäftigung von Mädchen, Wäscherinnen, Schneiderinnen usw., daß man jetzt pünktlich zahlen und Schulden möglichst vermeiden soll, keine Einschränkung der Betriebe. Sie schlägt vor, es möchten recht viele Industrien die eingehenden Aufträge unter die Gesamtheit der Werke verteilen, und es möchten bei örtlichen Aufträgen stets möglichst viele Unternehmer berücksichtigt werden. Die großen Auftraggeber, wie Reichs- und Staatsverwaltungen, Kommunen, Kreise usw., möchten auch ihren Bedarf gleichmäßig über längere Zeiten verteilen, um eine längere Beschäftigung der Betriebe an Stelle einer hastigen Arbeit für kurze Zeit zu erreichen. Damit möglichst viele Personen Beschäftigung erhalten können, soll gegenwärtig grundsätzlich keine Ueberarbeit gemacht werden. Ausnahmen von den gesetzlichen Beschäftigungsbeschränkungen sollen nur in Notfällen gestattet werden. Es soll darauf hingewirkt werden, daß Behörden und private Betriebe bei Beschäftigungsmangel möglichst keine Arbeitskräfte entlassen. Die Betriebe sollen kürzere Arbeitsschichten einführen, um dadurch mehr Arbeiter einzustellen. Die öffentlichen Körperschaften sollen prüfen, was sie durch Aufträge usw. irgend zur Belebung des Wirtschaftslebens tun können. Die öffentlichen Körperschaften könnten sich zurzeit am ehesten die erforderlichen Mittel verschaffen und auch Aufgaben zugunsten der Zukunft gegenwärtig in Angriff nehmen. Die bewilligten Kredite sollen aufgebraucht werden. Es wird auf zahlreiche Arbeiten, Bauten usw. verwiesen, die vom Reich und von den Staaten in Angriff genommen seien. Die Kommunen sollen, soweit sie dazu irgend Mittel haben oder sich beschaffen können, die Tiefbauten und besonders die Hochbauten fortführen und neue, die bereits bewilligt sind, nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte anfangen. Das gilt besonders auch für Bauten in kleinen Städten. In vielen Teilen Deutschlands sind große Moore und Niedlandereien vorhanden, zu deren Urbarmachung die Projekte in den Ministerien teilweise schon fertig sind. Sie sollen sofort in Angriff genommen werden, soweit die landwirtschaftlichen Verwaltungen besondere Fonds hierfür haben, oder soweit ihnen von den Finanzverwaltungen die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Den guten Willen der Reichsregierung, das Wirtschaftsleben möglichst im vollen Gange zu erhalten, wird man anerkennen müssen. Es wird auch angenommen werden können, daß sie alle zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung setzt, ihrem guten Willen Nachdruck zu verleihen. Denn es hängt für den Staat und für die Kriegsführung gar viel davon ab, daß das Wirtschaftsleben möglichst in vollem Gange erhalten bleibt.

Mit den vorstehenden Darlegungen berühren sich vielfach die von Unternehmerverbänden ergangenen Eingaben an Behörden, Aufrufe und Zirkulare an ihre Mitglieder. Die Unternehmerexistenzen sind eben auch vom Wirtschaftsleben abhängig. Es wird daher angenommen werden dürfen, daß alles getan wird, was sich tun läßt, um möglichst viel Arbeitsgelegenheit zu schaffen und damit die Arbeitslosigkeit zu beschränken.

Bei alledem kann nicht darauf gerechnet werden, daß während des Krieges die Arbeitslosigkeit aufhört, sie wird hingegen immer einen Umfang haben, der über ihren Umfang in Friedenszeiten weit hinausgeht. Die Unterstützung der Arbeitslosen wird Anforderungen stellen, die die Gewerkschaften auch bei intensivster Anspannung ihrer Kräfte nicht erfüllen können. Deshalb ist auch von der Arbeitervertretung nach Ausbruch des Krieges bereits gefordert worden, die Arbeitslosen durch Geld aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen, um die allergrößte Not zu bannen. Der Magistrat der Stadt Berlin hat sich bereits veranlaßt gesehen, diese Bahn zu beschreiten und eine Arbeitslosenunterstützung aus städtischen Mitteln durchzuführen. Die wichtigsten Bestimmungen des umfangreichen Ortsstatuts sind:

1. Vom 1. September 1914 ab gewährt die Stadt Berlin zu der von den Gewerkschaften gezahlten Arbeitslosenunterstützung 50 pZt. Zuschlag.
2. Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften und städtischer Zuschlag dürfen den Betrag von M. 12 pro Woche nicht übersteigen; soweit es geschieht, wird der Zuschlag gekürzt beziehungsweise kommt er in Fortfall.

3. Der städtische Zuschlag wird nur solchen arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern gewährt, welche seit dem 1. Juni 1914 in Berlin ihren Wohnsitz haben und 14 Tage lang ohne Beschäftigung sind.
4. Gewerkschaftsmitglieder, die ausgesteuert oder noch nicht bezugsberechtigt sind, erhalten, wenn sie die unter 3 gestellten Bedingungen erfüllen, verheiratet sind und den Unterhalt von Kindern zu bestreiten haben, von der Stadt Berlin wöchentlich M. 5, die übrigen M. 4.
5. Jeder organisierte Arbeitslose erhält die städtische Unterstützung durch seine Gewerkschaft ausgezahlt, ganz gleich, ob er zurzeit von seiner Gewerkschaft Arbeitslosenunterstützung bezieht oder nicht. Auch hat er sich streng an die Kontrollvorschriften seiner Gewerkschaft zu halten.
6. Zur Deckung der erforderlichen Beträge sind für die drei Monate September, Oktober und November zusammen 1 1/2 Millionen Mark bereitgestellt. Sollte der Krieg bis dahin nicht erledigt sein, so besteht die Hoffnung, daß die Stadt Berlin noch weitere Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt.

Es wird nun Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, dafür einzutreten und darauf hinzuwirken, daß auch in andern Orten, wo die Arbeitslosigkeit groß ist, entsprechende Einrichtungen getroffen werden. Ein anderer Weg, aus dem Dilemma herauszukommen, das der Krieg bereitet hat, wird sich kaum finden lassen.

Berichtigung. Die Arbeitslosigkeit in normalen Zeiten beträgt im Juli 2,34 pZt., nicht 3,34 pZt., wie in der ersten Tabelle im Leitartikel der vorigen Nummer angegeben ist.

Familienunterstützungen der Gewerkschaften.

Auf einer Konferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbandsvorständen, die am 15. September tagte, kam allseitig zum Ausdruck, daß die Arbeitslosenunterstützung die weitestgehenden Mittel der Organisationen in Anspruch nimmt und daß auch mithin diesem Unterstützungsgegenstand die größte Fürsorge zugewendet werden muß. Dagegen werde heute namentlich von den größeren Gemeinden für die Familien der Kriegsteilnehmer in weitgehendem Maße gesorgt, so daß hierin eine Entlastung der Gewerkschaften möglich sei. Die Konferenz gelangt nach gründlicher Würdigung aller Umstände zur Annahme der folgenden Leitsätze:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erklärt, daß die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer durch das Reich und die Gemeinde ausgegahlt worden ist, eine vorläufige Hilfeleistung der Gewerkschaften in einzelnen Fällen angebracht war.

Nachdem vom Reich und von zahlreichen Gemeinden die Unterstützung durchgeführt ist und sich ergeben hat, daß die Familien der Kriegsteilnehmer bei dieser Unterstützung zum Teil besser oder mindestens so gut gestellt sind als die Arbeitslosen und ihre Familien, hält die Konferenz es für dringend geboten, die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer dem Reich und den Gemeinden zu überlassen und die Mittel der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen zu verwenden. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer soll nur in besonderen Notfällen aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gewährt werden.

Die Konferenz erwartet, daß alle Verbände dieser Anforderung Folge leisten, damit die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation gewahrt wird.“

Im weiteren Verlauf verständigte sich die Konferenz über die Maßnahmen zur Hilfeleistung für einzelne durch den Krieg besonders schwer in Mitleidenschaft gezogene Organisationen.

Profiopatrotien und der Krieg.

Aus Mülheim a. Rh. wird uns geschrieben:

Wie manche Unternehmer die jegliche Kriegszeit auf Kosten der Arbeiter ausnützen, darüber folgendes Beispiel: Der Zimmermeister Schleier, Schlebusch, der zurzeit im Felde steht, dessen Geschäft aber von seiner Frau weitergeführt wird, hat Arbeiten in der Karbonitfabrik Schlebusch auszuführen. Schleier, der immer versucht, unter Tarif zu zahlen, wenn er keine dringenden Arbeiten hat, benötigte nun einer Anzahl Zimmerer, denen er bei der ersten Abrechnung den Tariflohn von 75 % die Stunde zahlte, sie aber gleichzeitig vor die Wahl stellte, künftig für 70 % die Stunde zu arbeiten oder aufzuhören. Eine Anzahl Zimmerer hat darauf die Arbeit eingestellt. Bei der Rücksprache der Zahlstellenleitung mit Frau Schleier stellte sich heraus, daß die Differenzen durch einen Druck seitens der Karbonitfabrikleitung veranlaßt worden waren, dahingehend, den Lohn zu kürzen. Es wurde daher versucht, die Angelegenheit mit der Fabrikleitung zu regeln. Die Rücksprache wurde mit Herrn Betriebsingenieur Meißner geführt. Das Resultat der Aussprache war folgendes: Tarifverträge während der Kriegszeit sind Unfimm; jetzt ist alles aufgehoben; 70 % sind in jeglicher Zeit Lohn genug. Es sei von den Leuten gefaulenzt worden. Vier bis fünf Wochen später würden die Leute froh sein, für 50 bis 60 % arbeiten zu können. Mit dem Worte „Faulenzer“ warf der Herr Ingenieur nur so herum. Diesem Herrn empfehlen wir, einmal Knigges Buch „Umgang mit Menschen“ zu studieren. Ferner meinte der Herr Ingenieur, die besten Leute seien ja alle eingezogen; es wären minderwertige Kräfte, die man jetzt bekäme. (Der Herr ist aber auch nicht eingezogen worden.) Des weiteren ist der Mann der Meinung, daß es auch noch unorganisierte Zimmerer gäbe. Wenn eben die Organisierten nicht für den Lohn arbeiten wollten, könnten sie eben gehen. Nachdem darauf hingewiesen wurde, daß der Tarifvertrag für alle Arbeiter des Berufs gelte,

war er der Meinung, daß, wenn sie keine Zimmerer bekämen, sie welche von der Militärverwaltung kommen lassen würden; in nächster Zeit würden die kleinen Zimmermeister der Umgebung gern dort als Zimmerer für diesen niedrigen Lohn anfangen. Zum Ueberflus werden von den Leuten, welche noch dort sind, Ueberstunden in jeglicher Zeit verlangt, natürlich auch ohne Zuschlag. Nachdem darauf hingewiesen wurde, daß es doch recht unpatriotisch sei, wenn man aus der jetzigen Notlage der Arbeiter noch besondere Vorteile herausholt, und da doch die Karbonitfabrik jetzt infolge des Krieges ein recht gutes Geschäft macht, meinte der Herr Ingenieur, solle dann der Verdienst den Zimmerern in den Taschen geworfen werden?

Das ist in kurzen Zügen das Resultat einer Aussprache über Tarifinnehaltung. Man kann sehen, wie rücksichtslos manche Unternehmer vorgehen und die jetzige Notlage der Arbeiter infolge des Krieges noch für einen Extraprofit ausnützen, trotzdem von den Behörden auf dies Verwerfliche immer hingewiesen wird.

Soweit die Zuschrist. In Anbetracht der vielen öffentlichen Erklärungen von Arbeitgeberorganisationen, die bei Ausbruch des Krieges befristeten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu respektieren und zu schützen, die Not der Zeit nicht im schädigen Profitinteresse auszubeden, muß es einigermaßen auffallen, daß solche Ausfälle, wie der vorbeschriebene einer ist, vorkommen können. Wir hätten der Zuschrist keinen Glauben geschenkt, wenn sie nicht von durchaus zuverlässiger Seite käme. Gepannt kann man sein, was der zuständige Arbeitgeberverband, dem der Vorgang mitgeteilt worden ist, unternehmen wird.

In Bernburg haben sich ebenfalls einige Firmen dem dringenden Gebot vieler Arbeitgeberorganisationen, das zu Beginn des Krieges in zahlreichen Rundschreiben an ihre Mitglieder wiederkehrte und wonach es als selbstverständlich erachtet wurde, daß alle Tarifverträge ihre Gültigkeit behielten, nicht unterworfen. Es sind das die Firmen Albert Bertram und Diehsch & Co., die Arbeiten für die Militärverwaltung anfertigen. Sie beschäftigen dabei neben Zimmerleuten auch Tischler und Stellmacher. Den tarifmäßigen Lohn erhalten aber nur die Zimmerleute, nicht die Tischler und Stellmacher, obwohl sie Arbeiten ausführen, die nachweislich als Zimmerarbeiten anzusehen sind. Unsere Zahlstelle hat sich infolge dieses Verhaltens genötigt gesehen, beide Firmen schriftlich zu erfragen, auch an die Tischler und Stellmacher den tarifmäßigen Zimmererlohn zu zahlen. Das lehnen sie indes unter ganz nichtigen Gründen ab. Die Firma Albert Bertram schreibt nämlich, daß ein Tischler nicht alle Zimmerarbeiten machen könne und er deshalb weniger Lohn erhalte. Die Firma Diehsch & Co. muß zugeben, daß die fraglichen Arbeiten sonst stets von Zimmerleuten ausgeführt seien, doch lasse sich daraus noch keine Verpflichtung ableiten, daß das immer so sein müsse. Diese Firma zieht sogar Bauhilfsarbeiter zu den Arbeiten heran, die noch weniger Lohn erhalten als die Tischler und Stellmacher. Es steht außer Zweifel, daß beide Firmen sich damit eines groben Verstoßes gegen den Tarifvertrag für Bernburg schuldig machen. Dieser Verstoß wiegt um so schwerer, als erfahrungsgemäß die Militärverwaltung für die von ihr in Auftrag gegebenen Arbeiten Preise zahlt, die für die Unternehmer ansehnliche Profite abwerfen.

Nüchterne Beurteiler.

Th. Berlin, 20. September.

War im vorigen Artikel die unerfreuliche Tatsache festzustellen, daß in Kreisen ausländischer Parteigenossen die Meinung verbreitet ist, die deutsche Sozialdemokratie habe bei Ausbruch des Krieges ihre Pflicht nicht erfüllt, und hatte ein Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Partei Italiens sich sogar so weit vergessen, zu behaupten, die deutsche Partei hätte sich vom Kapitalismus und

Imperialismus leiten lassen, so kann heute die angenehme Mitteilung gemacht werden, daß es auch im Auslande nicht an nüchternen Beurteilern der furchtbaren Situation, in welche die Völker Europas gerissen worden sind, fehlt.

In der englischen Zeitschrift „The Nation“ („Das Volk“) wirft zunächst der bürgerlich-demokratische Politiker Bonsondy, ein Mitglied des englischen Parlaments, dreizehn Fragen auf, in denen er auf die Fehler und Schäden der englischen Kriegspolitik schonungslos hinweist. Er beantwortet selbst jede einzelne Frage mit ja oder nein und gelangt dadurch zu den Ergebnissen, daß das englische Volk durch seine Regierung und deren geheime Abmachungen in ein Netz von Verpflichtungen andern Ländern gegenüber verstrickt worden sei, während im Parlament die englische Regierung erklärt habe, sie stehe im Kriegsfall vollständig frei und ohne jede Verpflichtung da. Weiter hebt Bonsondy nochmals hervor, wenn Frankreich es für nötig gehalten hätte, ein Heer nach Belgien einrücken zu lassen, um seinen Angriff auf Deutschland zu sichern, dann würde die englische Regierung das nicht zum Anlaß genommen haben, an Frankreich den Krieg zu erklären, wie sie es Deutschland gegenüber aus gleichem Anlaß getan hat. Hätte Deutschland vorher die Geheimverträge zwischen England und Frankreich gekannt, so wäre es anders gekommen. Daß England mit Rußland gemeinsame Sache mache, bedeute eine Stärkung der russischen Vorherrschaft, die niemand wünschen könne und gegen welche Deutschland vorgegangen sei. Es sei weder möglich noch wünschenswert, Deutschlands natürliches Aufblühen zu hemmen; es sei auch nicht wahrscheinlich, daß sich Deutschland in die Rolle eines untätigen und untergeordneten Staates (wenn es im Kriege besiegt würde) finden werde. Vor dem Kriege sei keinerlei feindliche Stimmung im englischen Volke gegen Deutschland zu finden gewesen, wohl aber habe die englische Regierung schon längst eine deutschfeindliche Politik betrieben.

Zeigen die Fragen und ihre Beantwortung, daß auch bürgerliche Kreise in England mit der deutschfeindlichen Politik ihrer Regierung nicht einverstanden sind, so nimmt ein Manifest der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands noch klarer, umfassender und grundsätzlicher Stellung. Das Manifest führt aus, schon immer habe die Partei angekündigt, die von den europäischen Regierungen, einschließlich der englischen, betriebenen mörderischen Rüstungen mühten entweder zu einem Weltbrande führen oder zu einem Weltbankerott über zu beiden. Diese Voraussage sei nur allzu schnell und tragisch erfüllt worden.

Ueber die Ursache des Krieges wird gesagt: Anstatt danach zu streben, Europa zu einer Staatengemeinschaft zu einigen, die Länder zur Wahrung des Friedens zusammenzuschließen, hat sich die Diplomatie vorsätzlich bemüht, Europa in zwei bewaffnete, sich gegenüberstehende Lager zu teilen, in den Dreierband (England, Frankreich, Rußland) und den Dreierband (Deutschland, Oesterreich, Italien). Die Diplomatie ist hinterlistig, heimlich, ränkevoll gewesen, jede Macht bestrebt, durch Tücke und List das Beste des Nachbarn zu ergattern. Die Diplomaten haben eine wahre Sphäre von Neid, Täuschung und Mißtrauen um sich verbreitet. Jedes Land ist in hohem Maße durch den Einfluß seiner Presse in Furcht und

Schrecken versetzt worden. Jedes Land hat versucht, die andern Länder durch den Umfang und die Kostspieligkeit seiner Rüstungen zu übertreffen. Mächtige Rüstungsinteressenten haben ihre unheimliche Rolle gespielt; denn sie sind es, die ihren Reichenreichtum aus Tod und Verderben ziehen. Unter diesen Umständen kann jeder kleine Funken einen Weltbrand wie den gegenwärtigen hervorrufen.

Es ist schwierig und vielleicht wertlos, zu versuchen, in diesem Augenblick den genauen Maßstab anzulegen, um die Verantwortlichkeit und die Schande zu messen, die auf die verschiedenen Länder fallen. Es ist genau so unrichtig, zu sagen, daß die englische Politik ganz weiß gewesen ist und die deutsche Politik ganz schwarz, wie zu sagen, daß die deutsche Politik völlig richtig gewesen ist, die englische völlig verwerflich. Das gewöhnliche, keine scharfen Unterschiede machende Volk in beiden Ländern mag vorbehaltlos eine oder andere dieser beiden Alternativen annehmen — die Erfahrung lehrt, daß die Geschichte dann doch eine andere Vorstellung gibt.

Dann spricht sich das Manifest über die Geheimdiplomatie aus: Gegenwärtig hat Sir Edward Grey sein Weißbuch herausgegeben, um zu beweisen, daß Deutschland der Angreifer ist, genau so, wie Deutschland ein Weißbuch herausgab, um zu beweisen, daß Rußland der Angreifer ist, und Rußland, um zu beweisen, daß Oesterreich der Angreifer ist. Selbst wenn man jedes Wort im englischen Weißbuch unangetastet lassen wollte, so fehlen doch die weiteren Anknüpfungspunkte. Zugegeben, daß in den Tagen unmittelbar vor Ausbruch des Krieges Edward Grey sich um den Frieden bemühte. Es war zu spät. Eine ganze Reihe von Jahren hat er mit andern Diplomaten selbst den Abgrund gegraben, und eine kluge Staatskunst hätte das unvermeidliche Resultat vorhergesehen und vermieden.

Es war nicht die serbische und nicht die belgische Frage, die unser Land in den fürchterlichen Krieg hineingezogen. England führt nicht den Krieg wegen unterdrückter Nationen oder wegen der belgischen Neutralität. Auch wenn Deutschland die belgische Neutralität nicht unrechtmäßig gebrochen hätte, wären wir doch hineingezogen worden. Wäre Frankreich unter Verletzung vertragsmäßiger Rechte in Belgien eingedrungen, um nach Deutschland zu gelangen, England hätte trotzdem keine Feindseligkeiten gegen Frankreich unternommen. Hinter dem Rücken des britischen Parlaments und des britischen Volkes trat das britische auswärtige Amt in ein geheimes Einvernehmen mit Frankreich, dessen Existenz es leugnete, als es gefragt wurde. Das ist die Ursache, warum unser Land jetzt dem völligen Ruin und der Verarmung ins Auge blicken muß, die der Krieg mit sich bringt. Verträge und Uebereinkommen haben das republikanische Frankreich ins Schlepptau des despotischen Rußland gebracht, Großbritannien in das Schlepptau Frankreichs. Zur gehörigen Zeit wird das alles klargemacht werden und die verantwortlichen Männer zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Wir wünschen weder die Verstärkung des deutschen noch die des russischen Militarismus. Aber die Gefahr liegt darin, daß dieser Krieg entweder den einen oder den andern fördern wird. England hat sich hinter Rußland gestellt, die reaktionärste, korrupteste und brutalste Macht Europas. Wenn Rußland gestattet wird, seine Ländergier zu befriedigen und seine Kosakenherrschaft auszudehnen, werden Zivilisation und Demokratie schwer gefährdet. Hat Großbritannien zu diesem Zwecke sein Schwert gezogen?

Zehntausende unserer Genossen stehen auf dem Schlachtfelde und wissen nicht, ob sie jemals heimkehren werden. . . . Raum weniger schrecklich ist die Lage der Frauen und Kinder zu Hause, deren Existenz von denen abhängt, die unter den Waffen stehen, sowie die Lage der zahllosen Arbeiter und ihrer Familien, denen der Krieg Arbeitslosigkeit und Elend bringt. Nicht weniger gilt das von den Soldaten, den Arbeitern und ihren Familien in Frankreich, Belgien, Deutschland und andern Ländern.

Für uns Sozialisten sind die Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs ebenso wie die Arbeiter Frankreichs und Rußlands Genossen und Brüder. In dieser Stunde des Gemetzels und des Entsetzens empfinden wir Freundschaft und Mitgefühl für alle Opfer des Militarismus. . . . Wir können nicht Freude empfinden an der organisierten Ermordung Zehntausender von Arbeitern aller Länder, die getötet werden auf das Kommando von Herrschern, für die das Volk nur ein Werkzeug ist. . . .

Durch ganz Europa müssen die Arbeiter darauf drängen, daß die Diplomaten eine ehrliche Politik machen, überwacht von den Arbeitern, eine Politik in der Richtung auf Unterdrückung des Militarismus und der Herstellung der vereinigten Staaten Europas, um dadurch zum Weltfrieden zu gelangen. . . .

In den Schlusssätzen gibt das Manifest der sicheren Ueberzeugung Ausdruck, daß gerade dieser Krieg der Demokratie zugute kommen und daß der Sozialismus trotz alle-

dem triumphieren wird. Durch das Gebrüll der Kanonen sende es den Sozialisten Deutschlands die Sympathien zu.

Das Manifest wird durch die Richtigkeit seiner Darlegungen seine Wirkung nicht verfehlen. Auch die deutschen Arbeiter werden jederzeit eingedenk sein, was sie der Gegenwart und der Zukunft schulden, und sie werden alles daran setzen, die schweren Wunden zu heilen, die der grauenhafte Krieg allen beteiligten Völkern schlägt, nicht zum wenigsten auch der internationalen proletarischen Solidarität.

Kriegsbericht.

Fret nach Goethe.

Zwischen dem Russen und dem Franzos
Saß Michel still und ahnungslos.
Jedoch der Russe war nicht faul,
Er räumte den Kosakengaul,
Dieß seine Krute vom Popen weih'n
Und brach in Michels Grenzen ein.
In Preußisch-Litauen und Masuren
Zog brennend und plündernd er durch die Fluren
Und watete voll Selbdenmut
Durch wehrloser Frauen und Kinder Blut. —
Indessen daheim am Nevastrand
Der Großfürst alles stahl, was er fand.

Der Franzmann zu derselbigen Zeit
Fühlte sich archiprät und kriegsbereit,
Und war überzeugt, es müsse ihm glücken,
Mit dem Michel ein altes Hüdnchen zu plündern;
Denn wer sich mit dem Kosaken paare,
Dem winkt der Sieg und die höchste Gloire!
Dies beides gedacht' er sich sicher zu holen
Auf löschpapierenen Stiefelsohlen,
Und, von tapferen Maulhelden aufgeputzt,
Ist er flugs über die Vogesen gerutscht.
So ließen die beiden Bundesbrüder
Sich häuslich in Michels Grenzen nieder.

Der Michel aber, als weiser Mann,
Sah sich den Spaß eine Weile an,
Dann sagt' er entschlossen dies eine bloß:
„Wenn Ihr durchaus wollt, denn man immer los!“
Er brachte den Franzmann bei Meß auf die Strümpfe,
Er trieb den Kosaken in Tannenbergs Sümpfe,
Und — schwapp — vor der Tür, eh' sich's beide versah'n,
Sah der russische Bär und der gallische Hahn!

(„Der wahre Jakob“ vom 18. September 1914.)



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Zahlstellen der Gaue Dresden, Magdeburg und Frankfurt a. M.

Die Gauleiter folgender Gaue sind zum Militär eingezogen:

- Gau 6 (Niederschlesien, Kreis hauptmannschaft Dresden und Bautzen);
- Gau 8 (Provinz Sachsen und Anhalt) und
- Gau 15 (Hessen und Hessen-Nassau).

Eine anderweitige Besetzung der Gaue während des Krieges findet nicht statt. Die zu diesen Gaue gehörigen Zahlstellen haben alle geschäftlichen Angelegenheiten, deren Erledigung bisher durch den Gauleiter erfolgte, bis auf weiteres auf direktem Wege mit dem Zentralvorstand zu regeln, der, falls sich ein persönliches Eingreifen als notwendig erweist, einen Beauftragten entsenden wird.

Arbeitsvermittlung nach Posen betreffend.

An die Zahlstellen, die auf Veranlassung des Zentralvorstandes Mitglieder zur Arbeit nach Posen vermitteln, sind Listen gesandt worden zur Feststellung der Namen und Anzahl der vermittelten Kameraden und der daraus entstehenden Unkosten. Bevor nicht alle Listen an uns zurückgelangt sind, können wir unsere Ansprüche an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Posen, von dem uns der Auftrag erteilt wurde, nicht abschließen. Es werden deshalb die Zahlstellen, die die Listen noch nicht einsandten, ersucht, das umgehend zu besorgen, da wir von den beteiligten Kameraden auf Regelung ihrer Ansprüche gedrängt werden.

Ansprüche, die bei uns nicht bis spätestens 3. Oktober dieses Jahres geltend gemacht werden, müssen wir als erledigt ansehen.

Der Zentralvorstand.

Raffengeschäftliches.

Das dritte Quartal ist am 26. September buchmäßig beendet. Jeder Zahlstellentaffierer hat deshalb an diesem Tage seine Kassendbücher für das dritte Quartal abzuschließen, dann die Abrechnung für die Hauptkasse aufzusetzen und diese, nachdem sie von den Revisoren geprüft worden ist, mitfamt den der Hauptkasse noch zukommenden Zentralfondsgeldern an diese abzuschicken. Es darf dabei nicht versäumt werden, daß auch die Belege über Ausgaben, welche auf Rechnung der Hauptkasse gemacht wurden, ebenfalls der letzteren überwiesen werden, da anders der in Frage kommende Betrag an der Hauptkasse nicht gutgeschrieben werden kann.

Alles zusammen: Die Abrechnung, Belege über gemachte Ausgaben auf Rechnung der Hauptkasse und der Rest an Zentralfondsbeträgen müssen bis spätestens am 15. Oktober bei der Hauptkasse eingelaufen sein.

Es muß immer wieder an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß jedwede Unterstützung davon abhängig gemacht werden muß, ob die betreffende Zahlstelle auch pünktlich und restlos mit der Hauptkasse abgerechnet hat. Bevor solches nicht geschehen ist, können durch die Hauptkasse keine Vorschüsse zum Zwecke irgendwelcher Unterstützungen überwiesen werden.

Gleichzeitig wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß im Laufe dieser Woche jeder Zahlstelle eine Anzahl Vorschussarten, ebenso Quittungen für Familienunterstützung übersandt wurden. Die besonderen Quittungen für Ausgesteuertenunterstützung folgen nach. Bei Mehrbedarf haben die Zahlstellentaffierer solche zu bestellen. Es dürfen nur die eigenst zu diesen Zwecken hergestellten Formulare benutzt werden.

Adolf Römer, Kassierer.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen und Umgegend. Am 13. September fand wiederum eine Konferenz der Zahlstellenfunktionäre statt, die zu weiteren Maßnahmen in der gegenwärtigen Kriegszeit Stellung nahm. Die Ansicht des Vorstandes vertrat Steffen, der folgendes ausführte: Die in der letzten Konferenz beschlossene Familienunterstützung für die zum Seeresdienst eingezogenen Mitglieder hat einen guten Eindruck hinterlassen. Der Zweck dieser lokalen Hilfe war, die Familien bis zum Eingreifen der gesetzlichen und privaten Unterstützung vor Not zu bewahren. Da nun diese privaten Hilfsmaßnahmen in allen Gebieten unserer Zahlstelle durchgeführt sind, unsere Verbandsunterstützung aber auf sie in Anrechnung gebracht wird, kann unsere Maßnahme nicht mehr den beabsichtigten Zweck erfüllen, weshalb es zu überlegen ist, ob sie noch angebracht erscheint. Aber auch eine andere viel wichtigere Aufgabe tritt an uns heran, die Unterstützung der Arbeitslosen, soweit diese nicht mehr zu erhalten haben. Die Maßnahmen des Zentralvorstandes, siehe „Zimmerer“ Nr. 37, sind recht weitgehend und geeignet, auf lange Zeit Unterstützung zu sichern. Da aber gerade in den Wintermonaten bei vielen Mitgliedern die zentrale Hilfe nicht ausreicht, hat hier die lokale Hilfe einzugreifen. Daß es notwendig ist, mit den verfügbaren Mitteln haushälterisch umzugehen, ist begreiflich. Folgende Anträge stellt der Vorstand zur Debatte: 1. Die am 13. September tagende Konferenz der Verbandsfunktionäre der Zahlstelle Bremen und Umgegend hebt den von derselben Zustand am 9. August gefassten Beschluß sofort auf, da dieser nicht mehr den zurzeit verfolgten Zweck erfüllen kann. Die Familien der im Felde stehenden Mitglieder werden auf die Bekannmachung des Zentralvorstandes und Ausschusses im „Zimmerer“ Nr. 37 verwiesen. 2. Mitglieder der Zahlstelle Bremen und Umgegend, welche seit dem 30. April 1914 hier angemeldet sind, ihre Pflichten voll erfüllt haben und arbeitslos werden, aber vollständig ausgerechnet wurden, erhalten ab viertem Quartal 1914, wenn sie sich der ortsüblichen Kontrolle unterziehen, aus lokalen Mitteln sechs Wochen lang pro Woche M 3 Unterstützung. — Alle weiteren Unterstützungsmaßnahmen werden dem Vorstande überwiesen. — Diesen Anträgen stimmte die Konferenz ohne wesentliche Debatte einstimmig zu. Nach Erledigung einiger interner Sachen war die Tagesordnung erschöpft und erfolgte Schluß der Konferenz.

Glogau. Am 16. September fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Grandke gab einen ausführlichen Ueberblick über die jetzigen Verhältnisse. Bei den statistischen Erhebungen vom 17., 24. und 31. August ist festgestellt worden: Zum Militär eingezogen sind 39 Kameraden; davon sind 18 verheiratet, mit 31 Kindern unter 14 Jahren, und 21 ledig. Zurzeit ist die Arbeitslosigkeit gut und eine Nachfrage nach Zimmerern, die zur Herstellung von Baracken und andern Militärbauten erforderlich sind. Verstöße gegen die Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten, die nach dem Schiedspruch im Februar in Neusalz festgesetzt wurden, haben bei einigen Firmen stattgefunden, auch ein Zeichen der Zeit und von der Gleichgültigkeit der Mitglieder. In den ersten Tagen der Mobilmachung glaubte ein Teil der Mitglieder, von der Beitragspflicht entbunden zu sein; die Vernunft hat aber gesiegt, die Kameraden sahen bald ein, daß es jetzt erst recht Pflicht der nicht Einberufenen sei, für die Erhaltung des Verbandes Sorge zu tragen. Unsere Kameraden, die in weiter Ferne im Felde ihre Pflicht erfüllen, haben ein Recht, zu fordern, daß ihre wirtschaftlichen Interessen in der Heimat von den Zurückgebliebenen mit vertreten werden. Darum muß jedes Mitglied zu dem weiteren Ausbau und der Erhaltung des Zentralverbandes der Zimmerer beitragen und sorgen, daß jeder seine Pflichten als Mitglied erfüllt. Die Versammlung beschloß, den Frauen, deren Männer zum Heere eingezogen sind, eine Unterstützung von M 3 pro Woche auf die Dauer von zwei Wochen aus lokalen Mitteln zu gewähren. Als Revisoren meldeten sich die Kameraden Fenzler und Adam freiwillig. Die Eingänge bei der Kassierer bekannt. Es entspann sich eine längere Debatte darüber. Auch wurde vom Vorstand darauf hingewiesen, daß recht viele Zimmerer zurzeit zureisen, die nicht organisiert sind oder erhebliche Rückstände haben und auch nicht abgemeldet sind. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, auf jedem Blatze für strenge Bücherkontrolle Sorge zu tragen und für den Zentralverband zu wirken. Bekanntgegeben wurde noch, daß am 26. September das dritte Quartal abschließt und erwartet, daß jeder das Versäumte noch nachholt. Anwesend waren 31 Kameraden.

Leipzig. Am 8. September 1914 fand eine Mitgliederversammlung statt, die sich mit den Unterstützungsrichtungen unserer Organisation während des Krieges beschäftigte. Ein gangsrührte die Versammlung das verstorbene Mitglied Richard Fleck in der üblichen Weise. Kamerad Laue schilderte die großen wirtschaftlichen Schäden und das maßlose Elend, die dieser Weltkrieg mit sich bringen wird. Der Krieg dauert erst einige Wochen und schon sind Tausende und Abertausende Berufs- und Massenlosen, soweit sie nicht fürs Vaterland kämpfen, zur Arbeitslosigkeit verdammt. Er behandelte dann die Frage: Sind die Gewerkschaften verpflichtet, unter den heutigen Verhältnissen Unterstützungen auszusprechen? Er kam zu

dem Schluß: Nein, eine Verpflichtung besteht nicht! Der Weltkrieg wird nicht im Interesse eines Berufs, sondern im politischen Interesse eines oder mehrerer Staaten geführt, und somit hat auch der Staat die Verpflichtungen dem Volke gegenüber zu tragen. Man kann aber angesichts der großen Not und aus Menschlichkeitsgefühlen dieses starre Prinzip nicht aufrechterhalten, und so haben auch der Zentralvorstand, der Ausschuß und die Gauleiter unserer Organisation in gemeinsamer Sitzung Stellung genommen und beschlossen: Die Arbeitslosenunterstützung in allen Klassen ab 28. September 1914 bis auf weiteres um zwei Fünftel herabzusetzen. (Siehe näheres im „Zimmerer“ Nr. 37.) Kamerad Laue begründete die Maßnahmen des Zentralvorstandes damit, daß es notwendig sei, möglichst lange mit unsern Finanzen zu operieren, damit, wenn der Krieg zu Ende ist und die wirtschaftlichen Schäden im doppelten Maße sich zeigen, die Organisation genügend Kraft besitzt, helfend einzugreifen. Ferner unterbreitete Kamerad Laue der Versammlung folgende Beschlüsse des Zentralvorstandes: Die um zwei Fünftel gekürzte Arbeitslosenunterstützung wird auf Kosten der Lokalkasse auch an die ausgesteuerten Mitglieder voll gezahlt. Auf die vom Zentralvorstand festgesetzte Unterstützung an die Frauen der Einberufenen wird für jedes Kind M 1 gewährt. Beitragsmarken an Arbeitslose werden nach wie vor zu den bisher üblichen Bedingungen auf Kosten der Lokalkasse ausgegeben. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen des Ausgeführten und die Versammlung nahm einstimmig die Beschlüsse des Zentralvorstandes sowie die des Zahlstellenvorstandes an. Unter „Mittelungen“ wurde ein Anhang zum Tarifvertrag betreffs „Regelung der Arbeitsverhältnisse im Tiefbau“ der Versammlung zur Kenntnis gebracht. Da unsere Organisation zu den Verhandlungen, die zwischen Bauarbeiterverband und Arbeitgeberverband stattgefunden haben, nicht zugezogen worden ist und deshalb die Begründung des Anhangs nicht kennt, lehnt die Versammlung den Anhang zum Tarifvertrag ab. Nach Regelung einiger lokaler Angelegenheiten befanden die Anwesenden, in der heutigen schweren Zeit treu zur Organisation zu halten, worauf der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung schloß.

Sterbetafel.

Witterfeld. Am 5. September verstarb nach kurzer Krankheit unser Kamerad Otto Wusch.



Aus den Unternehmerorganisationen.

Der (gemischte) Arbeitgeberverband Kiel in der Auflösung. Im Angeigentel der Kieler Tagespresse finden wir folgende Bekanntmachung:

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Arbeitgeberverbandes Kiel, eingetragener Verein in Kiel, wird heute, am 16. September 1914, vormittags 11 Uhr 15 Minuten, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt Rathje in Kiel, Holstenstraße 21. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Oktober 1914, Anmeldefrist bis 25. Oktober 1914. Termin zur Wahl eines andern Verwalters, Gläubigerausshusses und wegen der Angelegenheiten nach § 132 Konkursordnung den 20. Oktober 1914, vormittags 10 Uhr, Allgemeiner Prüfungstermin den 10. November 1914, vormittags 10 Uhr, in Kiel, Ringstraße 21, Zimmer 12. Rgl. Amtsgericht, Abt. 21, Kiel.

Früher hat dieser Arbeitgeberverband viel von sich reden gemacht, besonders als noch Herr Frauen in Kiel sein Vorsitzender war, dessen Laufbahn bekanntlich einen ähnlichen Abschluß gefunden wie ihn jetzt der Arbeitgeberverband findet. In Kiel wartet noch heute eine Anzahl unserer Verbandsmitglieder auf ihren bei Frauen verdienten Lohn. Ihn zu bekommen, besteht nicht die geringste Aussicht.



Der 50. Gedenktag der Internationale.

Am 28. September sind es 50 Jahre, daß in London die „Internationale Arbeiterassoziation“ oder kurz die alte Internationale gegründet wurde. Der Gedanke einer Internationale war bereits im Bund der Gerechten und im Kommunistenbund der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebendig. Das von Marx und Engels gemeinsam verfaßte „Kommunistische Manifest“ von 1847 schloß mit dem Ruf zur Sammlung aller Arbeiter: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ 17 Jahre später, im Jahre 1864, fand der weltbewegende Gedanke in aller Form in der Internationale seine große Verwirklichung.

Es bietet einigen Reiz, daß zu der äußeren Veranlassung dieser weltgeschichtlichen Gründung auch eine internationale bürgerliche Veranstaltung gehört, die erste Weltausstellung, die 1862 in London stattfand und an der sich die Industrie aller Länder beteiligte. Die Ausstellung wurde auch von Arbeitern besucht, die in Deutschland von Industriellen, welche die nötigen Gelder sammelten, in Frankreich von der Regierung Napoleons III. zu dem Zwecke entsandt wurden, hier neues zu sehen und zum Nutzen der heimischen Industrie zu lernen. Auch politische Gründe, die Arbeiter zu gewinnen und zu verführen, spielten dabei mit.

In London hatte zu jener Zeit die Arbeiterbewegung, und zwar auch in politischer Beziehung, eine große Be-

deutung erlangt, die im „Trades Council“ (Gewerkschaftsartell) ihre organisatorische Grundlage hatte. An der Spitze dieses Londoner Gewerkschaftsartells standen die Führer der Schuhmacher, Odger, der Maschinenbauer, Allan, der Zimmerer, Applegarth, und der Schneider, Eccarius (ein Thüringer), der schon dem Bund der Gerechten und der Kommunisten angehört hatte. Das Kartell hatte eine hervorragende Rolle bei der Empfangsdemonstration zu Ehren Garibaldis gespielt; es veranstaltete 1862 eine große Protestkundgebung gegen die Parteinahme der englischen Bourgeoisie für die südamerikanischen Sklavenstaaten im Befreiungskrieg, und es versuchte auch, die Agitation für eine Wahlreform in Fluß zu bringen. Mit den französischen und deutschen Ausstellungsdelegierten traten die Londoner Arbeiterführer in nähere Beziehungen, um gemeinsam mit ihnen in internationalen Fragen, die die gesamte gestittete Welt bewegten, Demonstrationen abzuhalten. Zu einer solchen Protestkundgebung gab im Jahre 1863 die blutige Niederwerfung des letzten polnischen Aufstandes Anlaß. Die englischen Arbeiter schickten an ihre französischen Kollegen einen flammenden Protest, und diese antworteten mit einer abermaligen Delegation von Vertretern nach London, deren Empfang in öffentlicher Versammlung dann zur Gründung der Internationale führte. „Insofern ist es richtig“, konstatiert Gustav Jaesch in seiner Geschichte der Internationale, „daß die polnische Sache den Anstoß zur Schaffung der Internationale gegeben habe, aber auch nur den Anstoß. Denn der ganze Verlauf und das Ergebnis der Versammlung zeigten, daß die polnische Frage nur die Fühlfeder gebildet hatte; denn der Zündstoff, der das Feuer der Bewegung so weit ausdehnte, war internationaler, sozialer Natur.“

Ueber die am 28. September 1864 in St. Martins Hall in London stattgefundene öffentliche Versammlung liegt ein sehr eingehender Bericht des radikalen Arbeiterblattes „Beehive“ (Sprich Biene, der Bienenkorb) vor, dessen Redakteur Potter in der englischen Gewerkschaftsbewegung tätig war. Die Versammlung war demnach von Angehörigen aller Nationen, insbesondere neben den Engländern von Deutschen, Franzosen, Italienern, Polen usw., sehr zahlreich besucht. Den Vorsitz führte der radikale Londoner Arbeiterfreund Professor Beesly, der in Wort und Schrift den englischen Arbeitern schon wertvolle Dienste geleistet hatte. Beesly gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Ergebnisse der Versammlung zu gemeinsamem Arbeiten, brüderlichem Empfinden der Arbeiter aller Länder führen würde.

Nach Beeslys wirkungsvoller und beifällig aufgenommener Eröffnungsrede und nachdem ein deutscher Arbeitergesangsverein einige Lieder vorgetragen hatte, verlas der Schuhmacher Odger unter lautem Beifall die Adresse, die das Londoner Komitee an die Pariser Arbeiter gefandt hatte. Dann verlas der Franzose Jolain, Metallformer und Kandidat der Pariser Arbeiter für die Kammer, unter großer Begeisterung der Versammlung die französische Antwortadresse, die auch heute noch als geschichtliche Urkunde mit Interesse gelesen werden kann, obwohl sie sich in der Hauptsache noch im bürgerlichen Ideenreife bewegt und von Fortschritt und Freiheit, den Ueberlieferungen der französischen Revolution, redet, die durch den Kapitalismus bedroht seien, der an ihrer Stelle wirtschaftliche Sklavereien setze. Infolge seiner Konzentration in Finanz und Industrie und seiner Beweglichkeit durch den Freihandel sei er eine internationale Gefahr, die nur durch die internationale Vereinigung der Arbeiter abgewehrt werden könne.

Ein anderer Pariser Delegierter, Le Lubez, entwickelte die Grundrisse der geplanten internationalen Organisation, deren Zentrale in London sitzen und mit den Landeszentralen in Europa in Verbindung stehen sollte. Weiter schlug er die Abhaltung eines Kongresses im nächsten Jahre in Belgien vor, der die Vereinigungsform der Internationale endgültig bestimmen sollte.

Hier sang abermals der Arbeitergesangsverein einige Lieder, worauf Le Lubez noch eine Adresse Deforts, des Organisators der französischen Arbeiterbewegung, zur Kenntnis brachte. Schließlich nahm die Versammlung eine vom englischen Gewerkschafter Wheeler vorgeschlagene Resolution an, die das französische Programm als Grundlage einer internationalen Arbeitervereinigung genehmigte.

An den Verhandlungen beteiligten sich noch als Redner der englische Gewerkschafter Dell, Eccarius, Major Wolf im Namen der italienischen, und Bosquet der französischen Arbeiter, während Forbes die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Greuelkaten in Irland lenkte.

Nun wurde ein Komitee von Vertretern der verschiedenen Nationen gewählt, dem unter andern die englischen Gewerkschafter Odger, Howell, Eccarius (der in London lebte), Osborn und Lucraft, ferner Bosquet, Wolf und auch Karl Marx angehörten.

Mit Hochrufen auf die Arbeiter aller Länder wurde die geschichtlich denkwürdige Versammlung geschlossen.

Schon am 5. Oktober hielt das Komitee seine konstituierenden Sitzungen ab. Es erhielt noch Zugzug von Angehörigen verschiedener Nationalitäten und wurde bis auf 50 Mitglieder verstärkt, wovon etwa die Hälfte Engländer waren. Es ernannte sich zum leitenden Generalrat der Internationale und wählte Odger zu seinem Präsidenten, Eccarius zum Vizepräsidenten und für die verschiedenen Nationen korrespondierende Sekretäre, so Marx für Deutschland. Als Betriebskapital sammelten die Mitglieder des Generalrats unter sich 3 Pfund Sterling (M 60).

In der Sitzung vom 1. November legte Marx Entwürfe für Statuten und Inaugural- (Eröffnungs-) Adresse vor, die einstimmig angenommen wurden und maßgebend blieben für die „Internationale Arbeiterassoziation“, wie der neue Bund getauft wurde.

Leider müssen wir uns versagen, auf den Inhalt der Statuten und der Adresse, so hochwichtige geschichtliche Urkunden sie auch sind, näher einzutreten. Es mag nur erwähnt sein, daß das Statut die berühmten gewordenen Worte enthält, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk

der Arbeiterklasse selbst sein kann und daß dieses Ziel nur durch die nationale und internationale Arbeitervereinigung erreicht werden kann. Die Inauguraladresse schildert die schlimme Lage der Arbeiter mit dem Beispiel der englischen Verhältnisse; betont die Wichtigkeit der Arbeiterschutzesetzgebung mit dem Hinweis auf das englische Zehnstundengesetz; die große befreiende Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Arbeiter und endlich die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht, um dann wie das „Komm. Manifest“ mit dem Sammelruf zu schließen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Und dann machte in wenigen Jahren die Internationale ihren erfolgreichen Weg in allen Ländern, in denen sie die Gründung gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher und politischer Organisationen und damit die gesamte Arbeiterbewegung mit ihren reichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen in Fluß brachte.

Die Marksteine ihrer Geschichte sind die Kongresse von 1866 in Genf, 1867 in Lausanne, 1868 in Brüssel, 1869 in Basel, 1872 im Haag und 1873 wieder in Genf. Hervorragende Bedeutung erlangte der Genfer Kongreß von 1868, der sich für den Achtstundentag und für die Förderung der Gewerkschaftsbewegung erklärte sowie eine Reihe anderer wichtiger Beschlüsse faßte und auch Statut und Inauguraladresse genehmigte.

Im Jahre 1870 sollte der Kongreß in Paris stattfinden, die Napoleonische Reaktion bereitete aber diese Absicht. Dafür sollte er dann am 12. Juli auf deutschem Boden, in Mainz, abgehalten werden, aber auch dieser Plan scheiterte, und am 19. Juli erklärte Napoleon an Preußen den Krieg. Erst 1872 konnte wieder ein Kongreß stattfinden, und zwar in Holland, wo er im Haag stattfand. Er brachte die reinliche Scheidung von den Anarchisten, deren Führer Bakunin aus der Internationale ausgeschlossen wurde. Der Kongreß beschloß auch die Verlegung des Sitzes des Generalrats von London nach Neuhort, was den Anfang vom Ende bedeutete. 1873 fand der letzte Kongreß der alten Internationale in Genf statt. Die alte Form geriet infolge politischer Veränderungen, namentlich in Deutschland und Frankreich nach dem Kriege, und es entwickelten sich in den folgenden Jahren die großen Arbeiterbewegungen in allen Ländern, die 1889 in Paris die neue Internationale in neuer und verschobener Form, in loser Verbindung statt der früheren Zentralisation, wieder ins Leben riefen und zur Blüte brachten, die im Friedenskongreß von 1912 in Basel ihren bisherigen Höhepunkt erreichte.

Wieder wie 1870 hat in diesem Jahre der Krieg die Abhaltung des beabsichtigten internationalen Sozialistenkongresses vereitelt. Er sollte in Wien und dann, als die Dinge schon auf des Messers Schneide standen, in Paris stattfinden, aber es wurde nichts daraus, die Vorgänge von 1870 wiederholten sich im Jahre 1914.

Die neue, die zweite Internationale hat im gegenwärtigen europäischen Kriege eine ungeheure Belastungsprobe zu bestehen. Wird sie trotz der dem Kriege wahrscheinlich folgenden politischen Veränderungen mit Erfolg bestehen? Wer wollte es nicht wünschen und hoffen! Es wäre ein Stück weltgeschichtlicher Tragik, wenn die 25 Jahre nach der Gründung der alten Internationale gegründete neue Internationale 25 Jahre nach ihrem erfolgreichen und aussichtsreichen Bestande in dem europäischen Kriege untergehen würde. Es ist auf jeden Fall schon ein Stück geschichtlicher Tragik, daß unter den obwaltenden Umständen der fünfzigjährige Gedenktag der alten Internationale zu würdigen ist.

Zusammenfassend möchten wir mit Mehring sagen: „Ihre Arbeit hat tausendfältige Frucht getragen und ihre Verdienste um den proletarischen Emanzipationskampf sind unvergänglich.“



Versammlungsanzeiger.

Dienstag, den 29. September:

Posen: Eine halbe Stunde nach Feierabend, Kronprinzenstraße 41.

Sonntag, den 4. Oktober:

Böslin: Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Buchwaldfstraße 35.

Anzeigen.

[M. 3,60] **Nachruf.**
 Am 29. August starb, durch eine feindliche Kugel getroffen, unser Kamerad, der Pionier
Heinrich Stratmann
 aus Heydt im Alter von 24 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kameraden der Zahlstelle M. - Gladbach.

Nachruf.
 Am 22. August starb unser Mitglied
Georg Grossmann
 im Alter von 21 Jahren als Pionier im Dienste des Vaterlandes. [M. 3,60]
 Sein Andenken werden in Ehren halten
 Die Kameraden der Zahlstelle Wildbad 1. Würtbg.